

Bach, Stefan

Article

Wer soll das bezahlen?: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bach, Stefan (2009) : Wer soll das bezahlen?: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 26, pp. 436-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151807>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Wer soll das bezahlen?

von Stefan Bach*

Die scharfe Rezession treibt die öffentlichen Haushalte in eine tiefe Krise. Die Steuereinnahmen brechen weg und die Ausgaben steigen. Hinzu kommen die Steuersenkungen und Ausgabenprogramme im Rahmen der Konjunkturpakete. In diesem Jahr wird das Haushaltsdefizit auf über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts hochschnellen, 2010 werden es wohl fünf bis sechs Prozent sein. Selbst wenn das Wirtschaftswachstum wieder zügig anzieht und das Defizit 2011 unter die Drei-Prozent-Quote gedrückt werden kann, wird die Staatsverschuldung steil ansteigen. Lag sie 2008 noch bei 66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so könnten es Ende 2011 knapp 80 Prozent werden. Je Einwohner bedeutet das einen Anstieg der Schuldenlast um 4 000 Euro gegenüber 2008, schon jetzt beträgt sie 20 000 Euro.

Die scharfe Rezession treibt die öffentlichen Haushalte in eine tiefe Krise. Die Steuereinnahmen brechen weg und die Ausgaben steigen. Hinzu kommen die Steuersenkungen und Ausgabenprogramme im Rahmen der Konjunkturpakete. In diesem Jahr wird das Haushaltsdefizit auf über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts hochschnellen, 2010 werden es wohl fünf bis sechs Prozent sein. Selbst wenn das Wirtschaftswachstum wieder zügig anzieht und das Defizit 2011 unter die Drei-Prozent-Quote gedrückt werden kann, wird die Staatsverschuldung steil ansteigen. Lag sie 2008 noch bei 66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so könnten es Ende 2011 knapp 80 Prozent werden. Je Einwohner bedeutet das einen Anstieg der Schuldenlast um 4 000 Euro gegenüber 2008, schon jetzt beträgt sie 20 000 Euro.

Wer soll das bezahlen? Natürlich wir alle, über künftig höhere Steuern oder gekürzte öffentliche Leistungen. Die Haushaltsdefizite müssen über die Konjunkturzyklen hinweg gegen Null gehen. Dazu ist die neue Schuldenbremse ein wichtiges und richtiges Signal. Wenn mittelfristig die Defizite auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden und die Wirtschaft im längerfristigen Durchschnitt um 1,5 Prozent jährlich wächst, wird die Schuldenquote sukzessive sinken.

Dazu muss ein strukturelles Defizit von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts konsolidiert werden, also etwa 50 Milliarden Euro im Jahr. Alle staatlichen Leistungen müssen auf den Prüfstand. Neben Subventionen und Verwaltungsausgaben dürfen dabei auch die Sozialleistungen nicht tabu sein, denn die machen mit einem Viertel den größten Posten im Staatsbudget aus. Zur Not muss man hier linear kürzen. Wenn man das nicht will, Stichwort Rentengarantie, müssen eben die Steuern angehoben werden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Ökosteuer kürzt die Sozialleistungen indirekt und belastet die Erwerbs- und Kapitaleinkommen gleich mit. Auch die Sozialbeiträge sind zurzeit zu niedrig, um die Sozialkassen dauerhaft zu stabilisieren, wenn deren Ausgaben auf dem derzeitigen Niveau bleiben sollen.

Kürzungen von Sozialleistungen oder Erhöhungen indirekter Steuern und Sozialbeiträge treffen niedrige Einkommen relativ stark. Zum Ausgleich wird man wohl die Besserverdienenden weiter in die kalte Steuerprogression laufen lassen müssen. Aber auch moderate Erhöhungen der Reichensteuer oder stärkere Belastungen größerer Vermögen sind durchaus möglich. Denn der europäische Senkungswettlauf bei den Unternehmens- und Kapitaleinkommensteuern wird bald zu Ende gehen, da deren Protagonisten dem Staatsbankrott bedrohlich nahe kommen.

* Stefan Bach ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat des DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.